

Zwei unveröffentlichte Reden Rosa Luxemburgs vom Sommer 1913 zum Thema Massenstreik - aus den Akten der Politischen Polizei Berlin

Referat auf der Konferenz der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft
in Tokio, 1./2. April 2007
von Ottokar Luban

Es ist viel zu wenig bekannt, dass die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Deutschland während der Zeit des Kaiserreichs bis 1918 einer intensiven Beobachtung durch die Politische Polizei ausgesetzt war. Mit Hilfe von Spitzeln wurde versucht, an interne Informationen über den innerparteilichen Meinungsbildungsprozess zu kommen. Öffentliche SPD-Versammlungen wurden überwacht, eventuell vom anwesenden Polizeibeamten abgebrochen, wenn er die Äußerungen des Referenten oder der Diskussionsredner für ungesetzlich hielt. Der überwachende Polizist verfasste ein ausführliches Protokoll, meist anhand seiner stenografischen Aufzeichnungen. Dies geht beispielsweise aus dem Polizeibericht mit einer Rede Rosa Luxemburgs am 14. November 1905 in Hamburg zum Thema Massenstreik hervor. Dieses Referat ist fast wortwörtlich in den Polizeiakten der Stadt Hamburg erhalten geblieben ist. Ulla Plener hat dieses Dokument zusammen mit Zeitungsberichten über diese Veranstaltung publiziert.¹

Auch in den Akten der Politischen Polizei in Berlin existieren genaue Berichte über eine Reihe von Veranstaltungen der SPD, nicht nur von öffentlichen Versammlungen, sondern sogar von parteiinternen Treffen wie von einer Reihe von Sitzungen des zentralen Parteivorstandes und von inoffiziellen Zusammenkünften. Wie diese Informationen erlangt wurden, geht zu einem Teil aus einer Akte über „Spitzelsachen“ hervor. Demnach sollen durch Angestellte im technischen Apparat des zentralen SPD-Parteibüros in der Lindenstraße in Berlin-Mitte parteiinterne Materialien an die Politische Polizei weitergegeben worden sein.² In diesen Polizeidokumenten sind auch zwei bisher unveröffentlichte Reden Rosa Luxemburgs enthalten. Es handelt sich erstens um eine erweiterte Parteivorstandssitzung Anfang August 1913³ und zweitens um eine vom Vorstand einberufene inoffizielle Konferenz am Rande des SPD-Parteitages in Jena, wahrscheinlich am 19. oder 20. September 1913, mit ca. 100 Delegierten, darunter viele führende Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre sowie ausländische Parteitagsgäste.⁴ Auf beiden Parteiveranstaltungen wurde „Der Massenstreik“ als zentrales Thema diskutiert, wobei neben anderen Genossen auch Rosa Luxemburg zu Wort kam, im Parteivorstand mit einer längerer Ansprache und in Jena mit einem ausführlichen Referat.⁵

Die Situation in der SPD im Sommer 1913

Luxemburg gehörte bereits seit dem Ausbruch der Revolution in Russland im Jahre 1905 zu den aktivsten Befürwortern der Anwendung des Massenstreiks in Deutschland.⁶ Nachdem sie im damals zum russischen Zarenreich gehörenden Warschau einige Monate selbst an der Aufstandsbewegung mitgewirkt hatte,

begründete sie in ihrer Ende 1906 herausgegebenen Broschüre „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“⁷ nochmals ausführlich die besondere Bedeutung dieses offensiven Mittels im proletarischen Klassenkampf.

Im Sommer 1913 wurde die Diskussion in der deutschen Sozialdemokratie um die Anwendung des Massenstreiks erneut entfacht. Nachdem die SPD im Sommer 1913 bei den Wahlen zum preußischen Landtag zwar einen erheblichen Stimmengewinn, aber wegen des undemokratischen Dreiklassenwahlrechts nur eine Steigerung von 8 auf 10 Mandate erzielte, sprach sich sogar der führende Vertreter des rechten Flügels, der Reichstagsabgeordnete Ludwig Frank aus Baden, für den Massenstreik zur Er kämpfung des gleichen Wahlrechts in Preußen aus. Der SPD-Parteivorstand und die Gewerkschaftsführung mussten befürchten, dass auf dem im September 1913 stattfindenden Parteitag in Jena radikale Beschlüsse zum Massenstreik verabschiedet werden könnten. Um ein Ventil für die in der Mitgliedschaft und bei vielen Funktionären vorhandene Unzufriedenheit über die Passivität der Parteiführung zu schaffen, bot der Parteivorstand in mehreren internen Veranstaltungen die Gelegenheit zur Aussprache.⁸

Rosa Luxemburgs Ansprache im Parteivorstand Anfang August 1913

Anfang August 1913 behandelte der Parteivorstand das Thema „Massenstreik“. Außer den Vorstandsmitgliedern waren neben Gewerkschaftsführern, die dem politischen Massenstreik ablehnend gegenüber standen, prominente Parteimitglieder eingeladen, um Stellungnahmen abzugeben. Dazu gehörten Rosa Luxemburg als führende linke Vertreterin des Massenstreiksgedankens sowie u. a. der Cheftheoretiker Karl Kautsky, der damalige Leiter des SPD-Pressedienstes Emil Eichhorn sowie die Reichstagsabgeordneten Paul Lensch, Richard Fischer und Daniel Stücklen.⁹

Luxemburg unterzog zunächst die Politik der Gewerkschaftsführung einer scharfen Kritik: „Das Fühlen und Denken mit der Masse ist den Gewerkschaftsführern abhanden gekommen.“ An Beispielen versuchte Luxemburg aufzuzeigen, „wie fremd und erhaben unsere Gewerkschaftsführer der Masse und deren Aktion gegenüberstehen [im Original: „gegenübersteht“].“ Diese kritischen Ausführungen Luxemburgs waren so ausführlich geraten, dass der Vorsitzende sie ermahnte, zum Thema Massenstreik zu kommen.¹⁰

Luxemburg griff dann den „Vorwärts“ an. In den Parteikämpfen versuche das Zentralorgan als „unparteiische Presse“ aufzutreten, vermeide fundierte Stellungnahmen und verstärke „dadurch die Verwirrung und Unsicherheit.“ An den Parteiführern vermisste Luxemburg „Entschlossenheit und Tatbereitschaft“ und erwartete von den Massen, „sich selbst im gegebenen Moment an die Spitze zu stellen.“ Sie schloss ihre Ansprache mit einem Appell an die führenden Genossinnen und Genossen: „Die Massen drängen zur Aktion, sie wünschen den Kampf. Sorgen Sie dafür, daß das Feuer, welches die Massen jetzt ergriffen hat, kein Strohfeuer bleibt. Lassen Sie die Kampfeslust der Arbeiterschaft nicht einschlafen, es würde uns nachher schwer fallen, die Massen wieder aufzurütteln.“¹¹

Während Rosa Luxemburg auf dieser erweiterten Parteivorstandssitzung von Anfang August 1913 äußerst polemisch auftrat, gestaltete sie ihr ausführliches Referat vor einem internen Kreis von Delegierten des Parteitages in Jena (15. bis 21. September 1913) im dozierenden Stile eines betont sachlich Parteischulvortrages.

Luxemburgs Referat am Rande des Jenaer Parteitages September 1913

Zunächst arbeitete Luxemburg den Unterschied zwischen dem Massenstreik als politischen Streik gegenüber den von den Gewerkschaften gegen die Arbeitgeber geführten Streiks heraus. „Der politische Streik berührt unmittelbar die Sozialdemokratie als politische Partei. Der andere Streik ist Sache der Gewerkschaften allein, obgleich unstreitbar jeder große ökonomische Streik auch das Staatsleben berührt und deshalb leicht in einen politischen umschlagen kann.“¹²

Luxemburg grenzte sich gegenüber putschistischen und syndikalistischen Auffassungen deutlich ab. Der politische Streik sei weder ein „Ersatzmittel für die parlamentarische oder politische Organisation“ noch „eine Taktik, die ohne fortwährende Werbung, Propaganda und Organisation durch und für den parlamentarischen Kampf“ die Arbeiterschaft „zur defensiven und offensiven Aktion gegen die Regierung aufrufen könnte.“¹³ Die Referentin betonte die Bedeutung einer sozialistischen Organisation „in möglichst festen, gut und lange geschulten und disziplinierten Verbänden“ als „das einzige Mittel, immer und überall die Bourgeoisie zu besiegen oder sich mit gutem Erfolg ihrer zu erwehren.“¹⁴ Dann wandte sich die Rednerin gegen die einseitige Festlegung auf ein einziges Kampfmittel: „Die Sozialdemokratie prophezeit nicht so utopistisch die Zukunft bis in Einzelheiten hinein. Aus dem Werdegang der Entwicklung selber sucht sie ihre Mittel hervor, ohne sie deshalb für ewig und einzig gültig zu erklären... weder die Genossenschaft allein, noch die Gewerkschaftsaktion allein, noch die parlamentarische Aktion [allein] kann den Kapitalismus besiegen... Deshalb bedienen wir uns jedes Mal derjenigen Mittel, die uns im gegebenen Falle als die zweckmäßigsten erscheinen. Wir sind bereit und rechnen auf [sic!] die Möglichkeit, unsere jetzigen Waffen gegen andere vertauschen zu müssen.“¹⁵

Luxemburg wies auf die Vernetzung der Wirtschaftszweige in den einzelnen Ländern und international sowie der Staaten hin. Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter hätten zugenommen.¹⁶ Damit leitete Luxemburg vorsichtig zu dem Thema „Notwendigkeit des Massenstreiks“ hin. Dieses Kampfmittel sei „dasjenige, über das am meisten gesprochen wird und in verschiedenen Ländern zur Anwendung gekommen ist. Gleichviel wie unser Urteil über dieses Mittel an sich lautet, die Tatsache, dass wir durch das Wachsen des Kampfes gezwungen wurden, dessen Anwendung in Erwägung zu ziehen, muß einen jeden mit Freude erfüllen. Das Wachsen des Kampfes kann nur das Zeichen entscheidenderer Schläge, das Näherkommen des Sieges sein. (Lebhafter Beifall)“¹⁷ Luxemburg wertete den politischen Streik als „ein extremes, ein *wenigstens noch zur Zeit gefährliches Mittel*“, weil es die Machtposition der Bourgeoisie in Gefahr bringe.¹⁸ Andere Machtmittel für das Proletariat im Kampf gegen die Bourgeoisie wie der

bewaffnete Aufstand, die Steuer- und die Militärdienstverweigerung scheiden aus. „Das *einzigste Mittel, das übrig bleibt, ist der politische Streik.*“¹⁹ Luxemburg machte darauf aufmerksam, dass in nächster Zeit reaktionäre Maßnahmen des Staates einsetzen könnten: Die bestehenden Möglichkeiten für „*das allmähliche, gesetzmäßige Wachstum, das die Sozialdemokratie wünscht,*“ durch „Gewerkschaft, Wahlrecht, Genossenschaft, sie können mit einem Male gesetzlich beseitigt werden.... *Was soll dann geschehen, wenn es kein Gewaltmittel [für das Proletariat] gibt? ... Was tut ihr, wenn ihr dieses Mittel absolut verwerft?*“²⁰ Wenn jemand glaube, dass „ein ausschlaggebender Teil der Bourgeoisie“ zu deutlichen Kompromissen gegenüber der Sozialdemokratie bereit sei,²¹ dass keine tiefe Kluft „zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden“ bestehe, so könne er den politischen Streik verwerfen. Doch „in allen Ländern hat die Reaktion das Wort... Von einer Abschwächung der Klassengegensätze ist keine Rede, höchstens von einem Stehenbleiben auf einem toten Punkte.“ Luxemburg konzidierte zwar die Möglichkeit, dass „ein Teil der Bourgeoisie ... den Sozialismus als einzigen Ausweg aus den steigenden Nöten des Kapitalismus annimmt.“²² Doch „vorläufig sehen wir das Entgegengesetzte, ... im besonderen: Wachstum der reaktionären Ideen.“ Luxemburg rechnete damit, „dass die Gegensätze sich noch verschärfen werden“ und schloss ihre Rede mit den Sätzen: „Soweit ich dann urteilen kann, wird das Proletariat noch oft Gewalt wider Gewalt stellen müssen. Ich rate also dazu, in erster Linie unsere alte Taktik weiter zu befolgen, bei unseren Betrachtungen zu rechnen auf den ungünstigsten Fall, das heißt auf die Verschärfung des Klassenkampfes, und daher auf [sic!] das Mittel des politischen Streiks nicht deshalb zu verwerfen, weil die ökonomische Entwicklung uns schon von selber dahin führen werde, wo wir hingelangen wollen. (Lebhafter Beifall)“²³ Bemerkenswert an diesem offensichtlich gut vorbereitem Referat Rosa Luxemburgs ist, dass sie sich jeglicher Angriffe auf die Partei- und Gewerkschaftsführungen enthielt und sehr zurückhaltend, teilweise sogar defensiv, argumentierte. Durch eine schlüssige sachliche Beweisführung versuchte Luxemburg, auch jene Parteigenossen für den Massenstreikgedanken zu gewinnen, die ihm skeptisch oder ablehnend gegenüber standen. Dies gelang Rosa Luxemburg offensichtlich mit dieser Rede im erheblichem Erfolg. Denn der Protokollführer vermerkte zum Schluss: „Der mit stellenweise lebhaften [sic!] Beifall aufgenommene Vortrag der Genossin Luxemburg dauerte 1 ¼ Stunde.“²⁴

Diese beiden bisher unveröffentlichten Reden verdeutlichen die zwei Seiten der Politikerin Rosa Luxemburgs: Einerseits – wie in ihrer Ansprache im erweiterten Parteivorstand - die polemische Rednerin und Journalistin, die sich teilweise in einer maßlosen Kritik verliert. Andererseits die wirkungsvolle Agitatorin und Publizistin, die – wie in der internen Konferenz der Parteitagsdelegierten – mit schlüssigen, auf die Mentalität der jeweiligen Zuhörerschaft oder des Leserkreises zugeschnittenen Argumenten erfolgreich zu überzeugen versteht, ohne auf griffige Formulierungen zu verzichten.²⁵

Während die Stimmung auf dieser internen Sitzung mit Parteivorstand und den ca. 100 Delegierten zugunsten Rosa Luxemburgs Auffassungen zu sein schien, hatte

sie auf dem Parteitag selbst keinen Erfolg gegen den Parteivorstand, dessen unverbindlich und allgemein formulierte Massenstreikresolution mit 333 Stimmen eine deutliche Mehrheit erzielte, während für Luxemburgs Gegenantrag lediglich 142 Delegierte stimmten.²⁶ Es war für Rosa Luxemburg selbsterklärend, dass sie weiterhin für die Anwendung des Massenstreiks kämpfte. Im Juni 1914 konnte sie durch die Annahme ihrer Anträge zum Massenstreik auf der Groß-Berliner Verbandsgeneralversammlung der SPD einen vorübergehenden Erfolg erzielen.²⁷ Durch den Ausbruch des Weltkrieges Anfang August 1914 wurde zunächst die Diskussion um den Massenstreik abgebrochen. Doch bald waren es wieder Rosa Luxemburg und ihre politischen Freunde, die trotz schwerer staatlicher Repressionen Massenaktionen zur Beendigung des Krieges und zur Einführung einer sozialistischen Demokratie propagierten.

¹ Rosa Luxemburg: Die Russische Revolution 1905. Rede, nach einem Spitzelbericht, hrsg. von Ulla Plener, in: utopie kreativ, H.171 (Januar 2005), S.55-66.

² Landesarchiv Berlin [zukünftig : LA Berlin], A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15944 (Akte „das Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber der Polizei, Spitzelsachen, 1889-1918“), hier vor allem Bl. 167.

³ LA Berlin, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15908 (Akte betr. „den politischen Massenstreik und den soziald[emokratischen] Generalstreik“, Bd.1, 1910-1913), Bl. 237-248 Rücksl. (gesamtes Protokoll), Bl. 245-246 (Diskussionsbeitrag von Rosa Luxemburg). In dem Polizeibericht vom 7. August 1913 mit dem Protokoll wird kein Datum der Vorstandssitzung angegeben. Die Sitzung müsste vor dem 3. August stattgefunden haben, da Luxemburg vom 3. bis 8. August zu Besuch bei Clara Zetkin in Stuttgart weilte (Annelies Laschitza, Im Lebensrausch, trotz alledem. Eine Biographie, 1. Aufl., Berlin 1996, S.423, S. 224).

⁴ LA Berlin, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15909 (Akte betr. „den politischen Massenstreik und den soziald[emokratischen] Generalstreik“, Bd.2, 1913), Bl.190-206 (gesamtes Protokoll einschließlich Ankündigung des Berichtes durch den Polizeibeamten), Bl. 193-197 Rs. (Referat Rosa Luxemburgs).

⁵ In Rosa Luxemburgs Briefen ist nichts über diese Sitzungen zu finden. Das muss nichts besagen, weil nicht jede Parteiveranstaltung, an der sie teilgenommen hatte, von ihr erwähnt wurde.

⁶ Laschitza, S. 224 ff.

⁷ Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 2, 1906 – Juni 1911, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., wissenschaftliche Betreuung der 6. Auflage: Annelies Laschitza, 6., überarbeitete Auflage, Berlin 2004, S. 93-170.

⁸ Dieter Groh: Negative Integration und politischer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/M. etc. 1973, S.463-503, S. 477 (zu Ludwig Frank), S.492-496 (zur Taktik des SPD-Parteivorstandes bei der Vorbereitung und Durchführung des Parteitages in Jena, September 1913).

⁹ LA Berlin, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15908, Bl. 237.

¹⁰ A. a. O., Bl.245, Bl.245 Rücksl.

¹¹ A. a. O., Bl.245 Rücksl., Bl. 246.

¹² LA Berlin, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15909, Bl. 193.

¹³ A. a. O., Bl.193, Bl.193 Rücksl.

¹⁴ A. a. O., Bl.193 Rücksl.

¹⁵ A. a. O., Bl.194, Bl.194 Rücksl.,.

¹⁶ A. a. O., Bl. 194 Rücksl., Bl. 195.

¹⁷ A. a. O., Bl.195 Rücksl.

¹⁸ A. a. O., Bl.195 Rück., Bl. 196.

¹⁹ A. a. O., Bl. 196.

²⁰ A. a. O., Bl.196 Rück.

²¹ A. a. O., Bl.196 Rück., Bl.197.

²² A. a. O., Bl.197.

²³ A. a. O., Bl.197 Rück.

²⁴ Ebenda.

²⁵ So spricht ein paar Jahre später nach einer Auseinandersetzung auf der Verbandsgeneralversammlung der Groß-Berliner SPD-Organisation im Juni 1916 Hugo Haase, der Fraktionsvorsitzende der oppositionellen „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ im Reichstag, von „einer oratorisch glänzenden und überaus geschickt aufgebauten Rede“ seiner Kontrahentin Rosa Luxemburg [zitiert nach: Ottokar Luban, Die revolutionäre Ungeduld. Rosa Luxemburg und ihre Verbindung zu den Massen (August 1914 bis Januar 1919), in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen, 29/2003, S. 25].

²⁶ Groh, S. 495.

²⁷ Groh, S.561 f.